



Rede zum

**1. MAI 2024**

*„Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit“*

**Ralf Reinstädler,**

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Saarbrücken, 1. Mai 2024

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Hallo Saarbrücken!**

herzlich Willkommen zum 1. Mai!

Schön, dass Ihr alle da seid!

Ich freue mich heute bei Euch zu sein. Gemeinsam mit Euch unseren Tag der Arbeit zu feiern!

Wir stehen heute Seite an Seite – hier in Saarbrücken, und in der ganzen Republik und setzen gemeinsam ein kraftvolles Zeichen für Solidarität und Gerechtigkeit, für Frieden, Freiheit und Demokratie!

Das ist großartig, gerade in Zeiten wie diesen.

Vielen Dank für Euer unermüdliches Engagement. Ihr macht einen super Job und bringt Euch Tag für Tag ein! Als Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte, Schwerbehindertenvertreter, in der Jugend- und Auszubildendenvertretung, als Stimme der Arbeit in der Unternehmensmitbestimmung.

**Ihr seid der lebende Beweis, dass es keine Superkräfte braucht, um ein echter Held zu sein!**

**Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren und sind echte Helden! Danke für Euer Engagement, macht weiter so!**

Kolleginnen und Kollegen,

unser Motto zum 1. Mai heißt „**Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.**“

**Wir sind der festen Überzeugung: Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sind möglich!**

Diese Ziele erreichen wir am besten durch mehr Tarifbindung und durch starke Tarifverträge.

Im letzten Jahr gab es viele gute Abschlüsse. Ich war schwer beeindruckt von der Kraft der Tarifbewegungen im Öffentlichen Dienst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von ver.di, GDP und GEW: Ihr habt richtig Gas gegeben und die Straßen und Plätze vollgemacht. Ihr habt zu Recht mehr erwartet und am Ende ein ordentliches Plus durchgesetzt. **Das war hervorragende Arbeit und deshalb gratuliere ich allen, die einen Tarifabschluss erkämpft haben!**

Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die sich in einzelnen Betrieben organisiert und gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft einen Firmentarifvertrag gefordert und durchgesetzt haben. Ihr habt gezeigt, was möglich ist, wenn zusammensteht und solidarisch handelt!

**All das zeigt: Unsere Gewerkschaftsbewegung ist quicklebendig!**

**Und ich bin sicher: In der Chemie- und in der Metall- und Elektroindustrie werden wir dieses Jahr nachlegen. Auch in diesen Branchen werden wir (noch) bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen.**

Kolleginnen und Kollegen,

in der Zeit, in der wir leben, ist vieles im Umbruch. Tarifbindung und Tarifverträge sind unsere Stabilitätsanker. Sie sorgen für Sicherheit im Wandel.

Wir brauchen deshalb endlich wieder mehr Tarifverträge und mehr Menschen in Tarifbindung.

Wir fordern die Arbeitgeber deshalb auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Es ist ein Skandal, wie in manchen Unternehmen mit unserer der Koalitionsfreiheit umgegangen wird.

Amazon und Tesla sind zwei bekannte Negativbeispiele. Unverblümt wird dort bekämpft, was grundgesetzlich geschützt ist. Sie wollen keine Gewerkschaften im Betrieb, sie wollen keinen solidarischen Tarifvertrag!

**Kolleginnen und Kollegen, wo leben wir denn? Was ist das für eine reaktionäre Haltung?**

**Nach wie vor gilt: Die Demokratie darf nicht am Werkstor enden.**

Aber auch die Politik ist gefragt! Zur Stärkung der Tarifbindung muss sie mit gutem Beispiel vorangehen. Der Bund fördert Unternehmen und vergibt jährlich öffentliche Aufträge in dreistelliger Milliardenhöhe.

Wenn es um die Ausschreibung von Dienstleistungen, um Sanierung und Bau von Straßen und Brücken oder die Beschaffung von IT-Lösungen geht, gilt in vielen Amtsstuben aber leider immer noch das Motto: „Hauptsache billig“.

Das ist für uns der falsche Weg!

Wie es richtig geht, hat Anke Rehlinger und der saarländische Landtag gezeigt. Durch das saarländische Tariftreuegesetz setzt die Landesregierung aktiv Anreize für faire Löhne und Tarifverträge.

Diese gesetzliche Regelung brauchen wir jetzt endlich auch auf Bundesebene! Die Bundesregierung hat schon vor einem Jahr ein Bundestariftreuegesetz angekündigt. Doch passiert ist bislang nichts.

**Deshalb, liebe Ampel, runter von der Bremse und rauf aufs Gas! Das dürft ihr nicht weiter auf die lange Bank schieben. Schneckentempo reicht nicht! Ihr müsst liefern – und zwar jetzt!**

Kolleginnen und Kollegen,

gerade in Zeiten des Wandels ist es wichtig und notwendig, dass sich Beschäftigte in Gewerkschaften zusammenschließen und selbstbewusst für Ihre Rechte eintreten.

Und ja, Kolleginnen und Kollegen, dazu gehören in Tarifbewegungen auch Warnstreiks und Streiks. Die Ausübung dieses Grundrechts unterscheidet unsere Demokratie von autoritären und faschistischen Staaten.

Deshalb weise ich das jüngste Gerede von FDP, CDU und Arbeitgebern über eine weitere Einschränkung des Streikrechts entschieden zurück!

Schon klar: Vielen schmeckt es nicht, wenn wir in Tariffbewegungen für ordentlich Druck auf den Kessel sorgen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass alle Beschäftigten Anspruch auf faire Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung haben!

Damit wir nicht zu Bettlern verkommen, **müssen** und **dürfen** wir streiken!

**Wir sagen deshalb:**

**Wir sind und werden keine Bettler!**

**Hände weg vom Streikrecht!**

**Hände weg von einem durch unsere Verfassung geschützten Grundrecht! Eine Beschränkung des Streikrechts ist ein Angriff auf unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung.**

Kolleginnen und Kollegen,

Tarifbindung, Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen helfen auch nachweislich gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel!

Wenn wir auf die Branchen schauen, in denen der Fachkräftemangel besonders groß ist – Handwerk, Bau, Pflege, Gesundheit usw. – dann sehen wir, die Tarifbindung ist häufig niedrig. Und im Vergleich zu anderen Branchen bestehen härtere Arbeitsbedingungen und nicht nur das, es wird auch schlechter bezahlt.

**Da sage ich den Arbeitgebern: Ihr habt es in der Hand! Gute Arbeitsbedingungen und Entgelte sind die beste Werbung, um Fachkräfte zu bekommen.**

**Tarif macht sexy, Tarif macht attraktiv!**

**Also geht in die Tarifbindung, handelt mit uns gute Entgelte und Arbeitsbedingungen aus! Dann bekommt Ihr auch die Fach- und Arbeitskräfte, die ihr sucht und die ihr braucht.**

Und noch ein Zweites:

Kommt eurer gesellschaftlichen Verantwortung nach und bildet aus!

Es kann doch nicht sein, dass heute weniger Ausbildungsverträge geschlossen werden als vor der Corona-Pandemie. Nicht ausbilden und dann über Fachkräftemangel klagen, liebe Arbeitgeber, das ist verlogen!

Ihr müsst wieder mehr, nicht weniger ausbilden, gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen bieten und auch jungen Menschen mit Hauptschulabschluss und ohne Bestnote auf dem Schulzeugnis eine Chance geben!

Und liebe Arbeitgeber, gebt euch endlich einen Ruck, legt eure ideologischen Scheuklappen ab und geht fairer miteinander um.

Das schöne ist, die gute Lösung für mehr Fairness ist ganz einfach.

**Sie lautet ganz schlicht: Wer nicht ausbildet, muss zahlen!**

Kolleginnen und Kollegen, all das zeigt: Der beklagte Fachkräftemangel ist häufig hausgemacht und überwindbar. Die Arbeitgeber tragen durch fehlende Aus- und Weiterbildung sowie schlechte Arbeitsbedingungen viel zu den bestehenden Engpässen bei.

Doch anstatt endlich Ihre Hausaufgaben zu machen, kommen Sie mit den immer gleichen Vorschlägen aus ihrer ideologischen Mottenkiste um die Ecke.

Finanzminister Christian Lindner will uns ja jetzt – ich zitiere – „Lust auf Überstunden machen“ und mahnt eine „Mentalitätsreform“ an. Und Rainer Dulger, Präsident der Arbeitgeberverbände, fordert eine „Steigerung der Arbeitsstunden.“

Kolleginnen und Kollegen, das ist doch weltfremd. Als ob Ihr Euch zu fein wärt, zu arbeiten und auch mal Überstunden zu machen.

Die Realität sieht doch ganz anders aus. In Wirklichkeit arbeiten die meisten Menschen wie die Weltmeister. Und immer mehr Menschen geraten dabei auf die Dauer an den Rand ihrer Kräfte und werden krank. Seit der Wiedervereinigung wurde noch nie so viel gearbeitet wie im letzten Jahr. Das Problem liegt doch eher darin, dass unaufhörlich an

der Leistungsschraube gedreht wird und nur 18 Prozent der Beschäftigten, die Überstunden leisten, für diese auch bezahlt werden.

**Deshalb, Herr Lindner, machen Sie erst mal den Fakten-Check! Mit ihren Vorschlägen gewinnt man keine Wähler und keine Fachkräfte.**

**Das sind – das sage ich hier ganz klar – alles Maßnahmen, die die bestehenden Probleme vergrößern und einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen.**

**Was wir brauchen Herr Lindner, sind Respekt für die Menschen und ihre Leistung. Was wir dringend brauchen, sind solidarische und zukunftsweisenden Antworten!**

Das es auch anders geht, zeigt die saarländische Landesregierung mit ihrem neuen Bildungs- und Freistellungsgesetz. Die Beschäftigten im Saarland haben damit künftig Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr, ohne dafür zusätzlich Urlaub nehmen zu müssen oder Überstunden zu leisten.

So bleibt man im Wettbewerb um Fachkräfte attraktiv, denn Bildung und Weiterbildung sind ein Schlüssel zur Gestaltung einer erfolgreichen Transformation!

**Kolleginnen und Kollegen, das ist auch Euer Verdienst! Für diese gesetzlichen Verbesserungen im Saarland haben wir uns viele Jahre auf allen Ebenen gemeinsam eingesetzt. Jetzt ist das Gesetz da – ohne Euch hätte das nicht geklappt. Deshalb vielen Dank für Euer Engagement!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ob hier im Saarland oder im Rest der Republik - gemeinsam stehen wir vor einer riesigen Aufgabe: Der klimaneutrale Umbau unseres Landes ist die größte ökonomische und gesellschaftliche Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen wir dazu: Wir nehmen die Herausforderung an. Wir schaffen die Transformation! Wir wollen sie sozial, ökologisch und demokratisch gestalten. Wir wollen unser Land klimaneutral aufstellen, gute Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Dafür werden wir die Unternehmen und die Politik in Bund, Ländern und Kommunen nicht aus der Verantwortung lassen.

Die Realisierung von Klimazielen durch eine Deindustrialisierung Deutschlands, auch eine schleichende, dürfen wir nicht zulassen! Wir lassen nicht zu, dass ganze Landstriche zu einem Industriemuseum verkommen. Wir lassen nicht zu, dass wir uns bei Grundstoffen und Produkten erneut abhängig machen von anderen Regionen in der Welt.

**Unsere klare Forderung an Politik und Unternehmen lautet deshalb: Arbeitsplätze erhalten, Zukunft gestalten!**

Und dafür, Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir eine aktive Industriepolitik und massive Investitionen –  
in unsere Infrastruktur,  
in die Energiewende,  
in die Digitalisierung,  
in die Bildung,  
den Hochlauf der E-Mobilität und der Wasserstoffwirtschaft.

Leider erleben wir aber gerade oft das genaue Gegenteil.

Die Regierungskoalition ist mit sich selbst beschäftigt und liegt im Dauerclinch.

**Ich kann dazu nur sagen: Reißt euch endlich zusammen!**

Wurde zu Beginn der Regierungskoalition noch das Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen versprochen, stehen die Zeichen jetzt auf Sparkurs.

Das ist eine falsche und wirtschaftspolitisch gefährliche Weichenstellung. Wer spart, wird im globalen Wettbewerb um die industrielle Wertschöpfung der Zukunft verlieren.

Auf Druck von Finanzminister Lindner und der CDU wird jede Reform der Schuldenbremse blockiert und am Fetisch der schwarzen Null festgehalten.

Damit manövriert sich die Regierung sehenden Auges in eine finanzpolitische Sackgasse!

**Kolleginnen und Kollegen, das ist zukunftsblind! So schafft man weder sichere Zukunftsperspektiven noch Vertrauen in die Demokratie und schon gar nicht den klimaneutralen Umbau unserer Industrien!**

**Statt Fortschritt wird Stillstand erzeugt. Und Stillstand hat noch nie etwas bewegt!**

Es ist doch ökonomisch nicht nachvollziehbar, warum langfristige Investitionen zur Erreichung der Klimaschutzziele, die in den kommenden Jahrzehnten Renditen erwirtschaften werden, vollständig aus den aktuellen Bundeshaushalten finanziert werden sollen.

Anstatt einen Sparkurs zu fahren, muss es doch jetzt darum gehen, so schnell wie möglich tragfähige Lösungen zu finden, die Planungssicherheit herstellen, langfristige Investitionen ermöglichen, die Konjunktur stabilisiert und die Zukunft unserer Industrien und Infrastruktur sichern.

**Deshalb sagen wir: Die Schuldenbremse muss weg! Zumindest muss sie grundlegend reformiert werden! Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse! Sie ist eine Zukunfts- und Wohlstandsbremse! Und genau deshalb muss die Ampelregierung endlich zur Vernunft kommen und die Schuldenbremse reformieren. Ohne massive Investitionen wird es keine gute, ökologische Zukunft geben!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie wichtig Investitionen für die industrielle Transformation sind, sehen wir doch auch alle hier im Saarland.

Durch die Fördergelder des Bundes und aus dem saarländischen Transformationsfonds, kann die saarländische Stahlindustrie jetzt endlich so weit umgebaut werden, dass ab 2027 mit Hilfe von Wasserstoff „grüner“ Stahl an der Saar produziert werden kann.

**Dafür haben wir monatelang gemeinsam Druck gemacht! Eure Aktionen und der Druck des Betriebsrates haben die Politik letztlich zum Handeln gebracht! Vielen Dank für Eure Power! Das ist wegweisend für die Branche, den Aufbau einer starken Wasserstoffwirtschaft in der Region und ein echter Meilenstein für die 13.000 Beschäftigten im Stahl und ihre Familien!**

**Ohne euch würde es in Zukunft keinen Stahl „made in Saarland“ geben!**

Kolleginnen und Kollege,

um die Transformation fair und sozial zu gestalten, brauchen wir aber nicht nur mehr Investitionen, sondern auch mehr Mitbestimmung.

Wir feiern in diesem Jahr 75 Jahre Grundgesetz. Ich finde dieser Jahrestag ist ein guter Anlass, um über den Zustand unserer Demokratie zu reden. Und über Demokratie reden, heißt auch endlich wieder darüber zu reden, wie wir Mitbestimmungsrechte auf die Höhe der Zeit bekommen.

Die letzte große Reform des Betriebsverfassungsgesetzes war 1972!

Globalisierung, Digitalisierung, Dekarbonisierung, Künstliche Intelligenz, Vereinbarkeit von Familie und Beruf – das waren doch alles Themen, die damals höchstens von wenigen Experten diskutiert wurden. Heute sind es die zentralen Richtungsfragen unserer Zeit und stehen im Zentrum der Debatte.

Damit Betriebsräte bei diesen Themen endlich mitreden können haben alle DGB-Gewerkschaften einen Entwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz vorgelegt.

**Damit wollen wir bei der strategischen Ausrichtung der Unternehmen und Betriebe mitentscheiden können. Wir wollen nicht erst dann reagieren können, wenn der Arbeitgeber erst die Zukunft verpennt und dann mit Stellenabbau oder Betriebsschließung um die Ecke kommt!**

**Wir können Zukunft und wir wollen mitbestimmen – über Arbeitsbedingungen, über Qualifizierung und auch darüber, was wir morgen und übermorgen produzieren. Das ist gelebte Demokratie und das sichert Arbeitsplätze! Deshalb kämpfen wir dafür!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mehr Zukunftsinvestitionen, Mitbestimmungsrechte auf der Höhe der Zeit und ein starker Sozialstaat – das wäre eine gute Grundlage, um die Transformation sozial und demokratisch zu gestalten.

Doch leider sind wir Zeugen, wie unser Sozialstaat immer stärker in die Kritik gerät und staatliche Investitionen und Sozialausgaben gegeneinander ausgespielt werden.

Bestes Beispiel ist der „12-Punkte-Plan“ der FDP.

- Kürzungen beim Bürgergeld,
- Moratorium für Sozialleistungen,
- Ende der Rente für langjährig Versicherte,
- Arbeiten bis 72!

**Sorry, liebe FDP, das ist kein Plan zur „Beschleunigung der Wirtschaftswende“, sondern wirtschaftspolitischer Unsinn und eine sozialpolitische Bankrotterklärung.**

**Ich kann da nur sagen: Schämen Sie sich Herr Lindner!**

**Wie kommt ihr denn bitte darauf, dass es der Wirtschaft besser gehen würde, wenn es der hart arbeitenden Bevölkerung schlechter geht?**

**Das liebe FDP hat mit Wirtschaftskompetenz rein gar nichts zu tun! Hier geht es um nichts anderes als eine zynische Umverteilung von der arbeitenden Mitte der Gesellschaft nach oben.**

Warum die FDP das will, ist völlig klar: Sie will Aufmerksamkeit und ihre „heiligen Kühe“ retten. Steuersenkungen für Reiche und große Vermögen schonen, das ist ihre Agenda. Statt Sozialleistungen zu finanzieren, greift sie lieber selbst in die Sozialkassen.

Klar: Auch so kann man die Schuldenbremse einhalten und den Bundeshaushalt sanieren. Die Rechnung dafür sollen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen.

**Das lassen wir nicht zu, liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Eigentum verpflichtet!**

**Wir stemmen uns gegen alle Forderungen nach Sozialabbau. Denn eines dürfte doch wohl unstrittig sein: Nur Reiche können sich einen kaputten Sozialstaat leisten.**

Für uns ist deshalb klar: Staat Sozialabbau brauchen wir in unserem Land eine **Sozialstaats- und Gerechtigkeitsoffensive**.

Denn im Gegensatz zur FDP, ist der Sozialstaat für uns keine Zutat oder ein aus der Zeit gefallenes Beiwerk.

Nein! Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet, er ist die materielle Einlösung des Freiheitsversprechens, das einer demokratischen Gesellschaft zugrunde liegt. Der Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit. Er sorgt für Sicherheit im Wandel, er macht die Demokratie real, indem er Würde und Anerkennung jedes Einzelnen sichert.

**Kolleginnen und Kollegen,**

**Deshalb kämpfen wir gemeinsam für einen eingreifenden und vorsorgenden Sozialstaat. Für einen Sozialstaat, der den ökologischen Umbau flankiert, soziale Sicherheit für alle bietet und solidarisch finanziert wird!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser 1. Mai steht schon immer auch für Frieden.

Wir sind nun aber mittlerweile seit zwei Jahren mit einem brutalen und mit unermesslichen Leid verbundenen Krieg in Europa konfrontiert.

Gleichzeitig erleben wir Terror und Krieg im Nahen Osten.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist unsere Botschaft heute:

- Schluss mit dem Krieg in der Ukraine!
- Schluss auch mit allen anderen Kriegen auf dieser Welt!
- Nie wieder Krieg!

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben eine klare Richtschnur – und die lautet: Frieden und Abrüstung, Völkerverständigung, Anerkennung der Grenzen in Europa und auch sonst in der Welt.

Und daher ist vor allem eines geboten: Diplomatische Bemühungen. Aber mit einer klaren Richtschnur. Wir dulden keinen Angriff auf das Wertegerüst von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit in Europa.

Wir können und dürfen nicht akzeptieren, dass ein aggressiver Angriff auf ein souveränes Land, mitten in Europa, die Friedensordnung zerstört, die uns nun über 75 Jahre Frieden in Europa sicherte.

Unsere ungebrochene Solidarität gehört deshalb den Menschen in der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen, die unermessliches Leid erdulden und die zu Millionen aus ihrer Heimat flüchten mussten.

Sie sind die Opfer, denen unsere Solidarität gilt, auch hier in Saarbrücken. Wenn der Krieg seine hässliche Fratze zeigt, ist menschliche Solidarität, Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge – ob aus der Ukraine, aus Nahost oder aus anderen Krisenregionen – umso wichtiger, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und deshalb stellen wir uns auch Tag für Tag jedweder rechten Hetze, Hass und Gewalt entschlossen entgegen.

**Seit Jahresanfang haben Millionen Menschen auf der Straße gezeigt, dass sie von Rassismus nichts halten! Sie haben den Rechten gezeigt, dass die Mehrheit in diesem Land**

**für solidarische Werte in einer freiheitlichen Demokratie steht. Sie haben klare Stoppschilder nach rechts gesetzt.**

**Danke an Alle, die für dieses wichtige Thema auf die Straße gehen und Flagge zeigen für unsere Demokratie, für ein solidarisches Deutschland!**

Auch die saarländische Landesregierung hat in der letzten Woche ein starkes Signal gesetzt.

Das Saarland wird als erstes Bundesland einen Beauftragten gegen Rassismus bekommen. Damit wird eine zentrale, unabhängige und beratende Stelle eingerichtet werden, die die Bekämpfung rassistischer Haltungen und Äußerungen jeglicher Form zur Aufgabe hat.

Das ist wichtig und richtig, gerade in Zeiten wie diesen! Und ich finde es auch ein wichtiges Signal, dass die saarländische CDU den Gesetzentwurf unterstützt. **Das verstehe ich unter konstruktiver Oppositionsarbeit! Lieber Stephan Toscani, ich finde, daran könnte sich so mancher in Berlin mal ein Beispiel nehmen!**

Kolleginnen und Kollegen, lasst uns auch weiterhin Tag für Tag gegen Nazis und Faschisten, gegen Rassismus, Intoleranz und Ausgrenzung einsetzen.

Lasst uns auch weiterhin gemeinsam streiten:

Für eine offene und tolerante Gesellschaft,

für soziale Gerechtigkeit,

für gute Arbeit,

für mehr Tarifbindung und Mitbestimmung

und für ein soziales und gerechtes Europa.

**Deshalb liebe Kolleginnen und Kollegen, geht zur Europawahl!**

**Überlasst Europa nicht den Feinden der Demokratie!**

**Lasst uns gemeinsam für ein soziales und demokratisches Europa streiten!**

Unsere Superkraft ist die Solidarität!

Lasst uns sie gemeinsam weiterhin nutzen.

Hier in Saarbrücken, im Rest der Republik und in ganz Europa!

Vielen Dank! Glück Auf!